

AiR Aktiv im **Ruhestand**

11

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb

November 2025 – 76. Jahrgang

Unterschätzt und übersehen im Alter **Alltagsphänomen Ageismus**

Seite 18 <

Viel hilft viel, oder?
Über Nahrungs-
ergänzungsmittel

Seite 12 <

Selbstbestimmung
und Verantwortung
am Lebensende

mit
dbb Seiten

Ageismus ...

... klingt vielleicht wie ein Modewort, wird als wissenschaftlicher Begriff aber weltweit verwendet, wenn es um die Diskriminierung älterer Menschen geht. Die dbb bundes-seniorenvertretung hat Ageismus zum Thema der diesjährigen Seniorenpolitischen Fachtagung gemacht und ist sich mit dem Bundesvorstand des dbb einig: Alter gehört als Diskriminierungsmerkmal in den Artikel 3 des Grundgesetzes. In der jüngsten Ausgabe von „Aktiv im Ruhestand“ berichten wir ausführlich darüber.

Mehrere Beiträge widmen sich dem hochproblematischen Thema „assistierter Suizid“. Was spricht dagegen, was dafür? Welcher rechtliche Rahmen gilt im Moment? Wie fühlen sich Hinterbliebene? Überraschende Entdeckung bei der Recherche: Ageismus kann das Suizidrisiko Älterer erhöhen. Darüber, über „Weisetreter“, Nahrungs-ergänzungsmittel und weitere interessante Themen lesen Sie im neuen „AiR“. **ada**

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. **Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Unsplash+. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 59,80 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,30 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abbonementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 66 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 54, gültig ab 1.1.2025.

Druckauflage: dbb magazin 549183 Exemplare (IVW 3/2025). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 15000 Exemplare (IVW 3/2025). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



> Schwerpunkt: Ageismus



5



9



12



18



20



25



32

Aktuell

- > Seniorenpolitische Fachtagung: Alle Lebensalter müssen gleichbehandelt werden 4
- > Hauptversammlung: Für einen funktionierenden Staat 7
- > Internationaler Tag der älteren Menschen 8
- > Bundesbeamtinnen und -beamte: Schnellere Beihilfearbeitung soll kommen 8

Standpunkt

- > Demografischer Wandel: Die Rente zukunftsfest machen! 9

Vorgestellt

- > Nachlese Seniorenpolitische Fachtagung: Mit nicht nachlassender Begeisterung 10

Aus den Ländern

- > dbb beamtenbund und tarifunion landesbund brandenburg: „Tatort“ ist nicht nur sonntags ... 11

Brennpunkt

- > Lebensende: In der Verantwortung des Einzelnen 12
- > Hinterbliebene: „Ich wollte es ihm nicht noch schwerer machen“ 16

Blickpunkt

- > Nahrungsergänzungsmittel: Viel hilft nicht viel 18

Modernes Leben

- > Weihnachtssopping: Wenn der Handel zur Schnäppchenjagd bläst 20

Nach-Lese

22

Buchtip

23

Gewinnspiel

24

dbb

- > Nachrichten – Volker Geyer trifft Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 25
- > Gespräch mit Kanzleramtsminister Thorsten Frei 26
- > Forderung für die Einkommensrunde Autobahn GmbH 2026 27
- > NKR-Jahresbericht 28
- > Vor Ort – dbb-Chef besucht Staatliche Berufsschule III Bamberg Business School 30
- > Reportage – Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) 32
- > Jugend – Politikaktionswoche bietet Blick hinter die Kulissen des Bundestags 40
- > Frauen – Hauptversammlung in Potsdam: Arbeiten in Teilzeit ist kein Luxus 42
- > Interview – Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt 46



► Gemeinsam gegen Ageismus: Dr. Stephan Gerbig, Anke Schwitzer, Prof. Dr. Eva-Marie Kessler, Norbert Lütke, Volker Geyer und Michael Brand (von links)

Seniorenpolitische Fachtagung

Alle Lebensalter müssen gleichbehandelt werden

Politik und Gesellschaft sollen Ageismus systematisch abbauen, fordert Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, auf der Seniorenpolitischen Fachtagung.

„Die Frage, wie vorhandene rechtliche Vorgaben uneingeschränkt auch für Ältere erfüllt und gleichermaßen deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden kann, ist angesichts der demografischen Entwicklung in unserem Land gesellschaftspolitisch hochrelevant“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, zur Eröffnung der 9. Seniorenpolitischen Fachtagung, zu der sich am 14. Oktober 2025 Vertreter und Vertreterinnen von Seniorenorganisationen des dbb und weiterer Verbände, aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft in Berlin versammelt hatten.

Im Mittelpunkt der Tagung unter dem Titel „Generation Ü65 – unterschätzt und übersehen?“ stand der Ageismus, also stereotype Vorstellungen, Vorurteile und Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters. Im Kampf gegen das weitverbreitete, doch oft unerkannte und nur selten hinterfragte gesellschaftliche Phänomen formulierte Klitzing fünf Forderungen: „Das Lebensalter soll ausdrücklich in das Gleichbehandlungsgebot in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen werden. Bei jedem Gesetzesvorhaben müssen Folgen für ältere Menschen geprüft werden, sonst verfestigt sich ungewollte Ungleichbehandlung“, so der Chef der dbb

Senioren. Gegen pauschale Altershöchstgrenzen solle die Politik klare Vorgaben machen, damit etwa die Wirtschaft flexibler auf die Bedürfnisse Älterer eingeht und sich die Teilhabemöglichkeiten der Menschen verbessern. Zudem forderte Klitzing, Bund und Länder sollten in breiten, zeitlich unbegrenzten Kampagnen unterschiedliche Altersbilder sichtbar machen, um ageistische Stereotype in der Gesellschaft aufzubrechen und zu überwinden. Außerdem solle die Bildungssituation der älteren Generation jährlich im Nationalen Bildungsbericht dargestellt werden – als Datengrundlage für eine nationale Bildungsstrategie.

► Perspektive Älterer stets berücksichtigen

„Unsere Gesellschaft altert – das ist Fakt“, betonte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer in seinem Grußwort. Der Anteil der Menschen ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich von 12 Millionen im Jahr 1991 auf 19 Millionen im Jahr 2024 oder von 15 auf 23 Prozent. „Damit verändern sich gesellschaftliche Aufgaben und Herausforderungen der sozialen Sicherungssysteme insbesondere in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege“, so Geyer.

„Ich habe den Eindruck, dass Ältere zum Sündenbock der aktuellen Renten-

politik und zu Verantwortlichen für leere Pflegekassen gemacht werden“, sagte der dbb-Chef. „Ich wünsche mir, dass in Politik, Gesellschaft und Medien ein Bild der älteren Generation gezeichnet wird, das ihr entspricht.“

Zugleich betonte Geyer: „Ich unterstütze die Forderung der dbb bundes-seniorenvertretung nach Erweiterung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um das Diskriminierungsmerkmal „Lebensalter.““ Bei Gesetzesvorhaben müsse frühzeitig die Perspektive älterer Menschen einbezogen werden. Es müsse Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch am digitalen, gewährleistet werden, ebenso wie transparente, verlässliche Pflegestrukturen, faire Finanz- und Sozialleistungen, präventive Gesundheitsangebote, ausreichende Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land.

► **Energiereserve für unser Land**

Michael Brand, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte in seinem Grußwort, dass der Umgang mit Älteren entscheidend für die gesamte Gesellschaft sei. Es gehe darum, nicht nur deren bisher erbrachte Leistungen zu respektieren, sondern deren Potenziale für die Zukunft. „Die Älteren sind die Energiereserve für unser Land“, so Brand.

Aus dieser Überzeugung heraus sei auch der Neuzuschnitt des Ministeriums entstanden, erklärte der

Staatssekretär mit Blick auf die Entscheidung der neuen Bundesregierung, die Zuständigkeit für Jugend, Senioren und Bildung zusammenzulegen: „Frühkindliche Bildung hat Auswirkungen auf das ganze Leben. Und das lebenslange Lernen ist ein zentrales Thema für alle.“

Deutlich wurde Brand auch mit Blick auf die aktuelle Rentendiskussion: Die Probleme der Alterssicherungssysteme ließen sich durch ein „alle zahlen ein“ nicht lösen, hier sei ein realistischer Blick auf die Herausforderungen nötig.

► **„Eine Gesellschaft des längeren Lebens“**

Prof. Dr. Eva-Marie Kessler, Gerontopsychologin an der Medical School Berlin, unterstrich in ihrem Referat „Ageismus – eine häufiges, wenig erkanntes und oft unwidersprochenes Phänomen“ zunächst, wie viel gesünder, zufriedener und produktiver ältere Menschen heute im Vergleich zu den Vorgängergenerationen seien. Doch verhindere latent vorhandener, weitverbreiteter Ageismus, „dass wir unsere Potenziale entfalten können“. Anders als andere Diskriminierungsformen wie etwa Rassismus betreffe der irgendwann alle, wenn sie alt genug würden. Neben dem Vorgehen von Behörden und Organisationen, am Arbeitsplatz, in den Medien oder im Gesundheitswesen verberge sich Ageismus auch hinter einer Haltung des Mitleids mit Alten, im Absprechen von Kompetenz und in der Erwartung, die Älteren sollten nicht zur Last fal-

len. Alter werde als defizitär und weniger wert wahrgenommen. Unter oberflächlich nett gemeinten Haltungen wie der Infantilisierung und Verniedlichung Älterer oder auch im Anbieten ungewollter Hilfe würden Betroffene oft besonders leiden. Schwerwiegende Folgen verursachen auch die Altersstereotype, mit denen viele auf sich selbst blickten; mangelnde Wertschätzung der eigenen Person mache passiver, unzufriedener, kränker und schränke die kognitive Leistungsfähigkeit ein.

Der demografische Wandel biete nun Gestaltungschancen hin zu einer „Gesellschaft des längeren Lebens“. Ziel sei eine „altersintegrierte Gesellschaft“, die ältere Menschen nicht mehr nur als Fürsorgeobjekte betrachte. Doch auch die Älteren selbst sollten eigene Glaubenssätze, wie etwa den

des nicht zur Last fallen Wollens, hinterfragen und die vorhandenen Kompetenzen nutzen.

► **„Das Alter gehört ins Grundgesetz“**

Dr. Stephan Gerbig, Richter am Arbeitsgericht Nürnberg und Lehrbeauftragter für Verfassungsrecht und Menschenrechte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, unternahm in seinem Vortrag eine Spurensuche: Warum schützt das Grundgesetz zwar vor Diskriminierung wegen Geschlecht, Herkunft oder Behinderung, nicht aber ausdrücklich wegen des Alters? Seine Antwort fiel deutlich aus: „Beim Schutz vor Altersdiskriminierung gibt es im Grundgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz noch viel Luft nach oben. Man muss sich nur trauen.“ Das Alter sei, wie Geschlecht oder Herkunft, ein unveränder-



► Horst Günther Klitzing

Hauptversammlung

Für einen funktionierenden Staat

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer fordert, den zahlreichen Angriffen auf das Berufsbeamtentum stark und geschlossen zu begegnen.

„Alle Parteien haben sich negativ zum Berufsbeamtentum geäußert“, sagte der dbb-Chef in seinem Bericht aus der dbb Bundesleitung vor der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 15. Oktober 2025 in Berlin. Geyer rief dazu auf, Kritikern zu erklären, welche Konsequenzen ein Ende des Berufsbeamtentums haben würde, und erinnerte in diesem Zusammenhang an die kürzlich durchgeführte Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst. Die zeigt, wie niederschmetternd gering das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat schon heute ist. 73 Prozent halten den Staat für überfordert. „Wenn der Staat nicht funktioniert, wachsen die politischen Ränder“, unterstrich der dbb Bundesvorsitzende.

Um diesen Angriffen zu begegnen, forderte Volker Geyer „ein geschlossenes Vorgehen, um die Politik

für uns zu gewinnen“. Er rief die Seniorinnen und Senioren im dbb ausdrücklich auf, mit ihren Abgeordneten zu diskutieren und den Wert des Berufsbeamtentums herauszustellen.

► In Tarifverhandlungen Flagge zeigen

Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, nannte Volker Geyer „einen Glücksfall für den dbb. Er hat in kurzer Zeit Impulse für eine politischere Verbandsarbeit gesetzt.“ Auch Klitzing nahm in seinem Bericht an die Hauptversammlung zur Arbeit der Geschäftsführung der bundesseniorenvertretung zu den zahlreichen Angriffen auf das Berufsbeamtentum und das System von Versorgung und Beihilfe Stellung. Diese hätten für Verunsicherung gesorgt. „Dabei bringen all diese Vorschläge dem Staat nichts“, sagte Klitzing.



► Volker Geyer und Horst Günther Klitzing. Links im Bild: Max Schindlbeck, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung

Der Seniorenchef kündigte an, dass die CESI Senior im November 2025 ihre Arbeit aufnehmen werde. Die CESI wurde 1990 als Europäische gewerkschaftliche Dachorganisation gegründet. Nun biete sich Älteren wie etwa den dbb Senioren die Möglichkeit, auf europäischer Ebene Einfluss auf die Sozialpolitik zu nehmen.

Horst Günther Klitzing rief alle Mitglieder der dbb bundesseniorenvertretung dazu auf, in der zukünftigen Einkommensrunde der Länder, wo immer dies möglich sei, bei dbb-Aktionen mitzumachen und in der Tarifaus-einandersetzung Flagge zu zeigen. „Auch wir müssen demonstrieren: Das sind Staatsdiener, deren Forderungen sind ernst zu nehmen.“

► Teilzeitregelungen betreffen meist Frauen

Milanie Kreutz, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, berichtete von

Folgen der Angriffe auf das Berufsbeamtentum, die besonders Frauen trafen: Druck, der etwa in Bayern auf Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst ausgeübt werde, ziele zu 80 Prozent auf Frauen. „Dabei geht es häufig um Familienentscheidungen, nicht um Freizeit“, betonte Kreutz und erinnerte daran, dass ausgerechnet da, wo Präsenzpflicht herrsche, etwa in Erziehung, Bildung und Pflege, besonders viele Frauen arbeiten.

Mattäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, griff das Thema der Seniorenpolitischen Fachtagung, „Ageismus“, auf. Ageismus habe auch eine jugendspezifische Ausprägung: Jugendliche und junge Erwachsene trafen nicht selten auf Leistungs-skepsis („Die sind faul.“, „Die können nichts.“) und eine Tendenz zur Prekari-sierung, wenn sie jahrelang mit Praktikumsplätzen und Zeitverträgen hin-gehalten würden. „Junge Stimmen müssen gehört werden“, forderte er.



► Milanie Kreutz und Mattäus Fandrejewski

Internationaler Tag der älteren Menschen

Positive Haltung zum Älterwerden fördern

Ältere müssten sich in einer alternden Gesellschaft aktiv für ihre Belange einsetzen, forderte dbb Senioren Chef Klitzing.

„Die alternde Gesellschaft ist eine Realität. Deshalb ist der 1. Oktober mehr als ein Gedenktag“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb Bundes seniorenvertretung, aus Anlass des Internationalen Tags der älteren Menschen. „Dieser 1. Oktober ist ein Arbeitsauftrag: an uns Ältere, uns aktiv für unsere Belange einzusetzen, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen und eine positive Haltung gegenüber dem

Älterwerden zu fördern. Das Thema Älterwerden muss stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken“, so Klitzing weiter. Ebenso seien Bund, Länder und Kommunen gefordert, altersfreundliche Strukturen zu schaffen, die Rechte Älterer zu stärken – und die Erfahrung von Millionen von Menschen aktiv in politische Entscheidungen einzubinden.

„Wenn Politik, Behörden und Unternehmen von

Anfang an altersfreundlich planen, profitieren alle Generationen: mehr soziale Teilhabe, weniger Einsamkeit, stabile öffentliche Infrastrukturen – und am Ende auch wirtschaftlich klügere Entscheidungen“, zeigte sich der dbb Senioren Chef überzeugt.

Ältere müssten konsequent in Entscheidungsprozesse einbezogen werden – in Kommunen und Verwaltungen, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

„Wir setzen uns aktiv gegen jegliche Form von Altersdiskriminierung und Ageismus ein“, versprach Horst Günther Klitzing.

Der Internationale Tag der älteren Menschen wird seit 1991 am 1. Oktober begangen und geht auf einen Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen zurück. Bis 2050 soll die Gruppe der über 60-Jährigen auf etwa 2,1 Milliarden Menschen wachsen. ■

Bundesbeamtinnen und -beamte

Schnellere Beihilfebearbeitung soll kommen

Der dbb hat bei einem Beteiligungsgespräch im Innenministerium zu geplanten Änderungen der Bundesbeihilfeverordnung Stellung bezogen. Es gilt, die Beihilfe weiterzuentwickeln.

Mit der 11. Änderungsverordnung will der Bund die Beihilfe für seine Beamtinnen und Beamten an den medizinischen Fortschritt und die Weiterentwicklung im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung anpassen. Thomas Liebel, Vertreter der Bundesbeamtengewerkschaften im dbb und Bundesvorsitzender der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), begrüßt die geplanten Änderungen. „Ziel muss sein, wirtschaftliche Härten zu vermeiden und durch das gesamte Bündel an Maßnahmen wieder eine akzeptable Situation für die Beamten und Versorgungsempfänger herzustellen“,

sagte er am 6. Oktober 2025 bei einem Beteiligungsgespräch im Bundesinnenministerium in Berlin.

Geplant ist, Leistungsänderungen im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung, die seit der letzten Änderung der Bundesbeihilfeverordnung in Kraft getreten sind, wirkungsgleich auf das Beihilferecht des Bundes zu übertragen. Weiterhin sieht die Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vor, bislang ergangene Vorgriffsregelungen zu kodifizieren und die ambulanten Leistungen im Zahnbereich

grundlegend neu zu regeln. Letzteres soll eine (teil)automatisierte Bearbeitung und mehr Transparenz ermöglichen. Zudem sind etliche Verfahrenserleichterungen vorgesehen, beispielsweise Regelungen zu Aufwendungen für Sehhilfen – es soll künftig einheitliche Pauschalen geben – und eine Vereinfachung der Regelungen bei Implantaten.

■ Schnelle Bearbeitung durch neue Verfahren

Um die Bearbeitungsdauer der Beihilfe zu verringern, will das Ministerium effiziente und effektive Beihilfeabrech-

nungsverfahren voranbringen. Diese sollen – parallel zu den mit der 11. Änderungsverordnung vorgesehenen Änderungen – auch im Bundesbeamtengesetz umgesetzt werden. Eine Fiktionsregelung und die Einführung eines begleitenden Risikomanagementsystems sollen dazu beitragen, die Bearbeitungszeiten nachhaltig zu verbessern. Dieses Vorgehen hat der dbb bereits im Beteiligungsgespräch am 11. Juni 2025 begrüßt.

Das Bundesinnenministerium strebt an, die Neuregelungen zum 1. Januar 2026 in Kraft zu setzen. ■

Demografischer Wandel

Die Rente zukunftsfest machen!

Es gibt wieder einmal eine Erzählung in Deutschland – oder besser ein Narrativ, wie es heutzutage genannt wird, das geht so: Wir müssen länger und härter arbeiten, weil wir immer älter werden und die Altersversorgung nicht mehr bezahlbar ist.

Verfasser sind Politiker und Wirtschaftsvertreter, und die suchen die Verantwortlichen für die Misere selten in den eigenen Reihen. Im aktuellen Fall sollen es diejenigen sein, die eine 19 vor ihrem Geburtsjahr stehen haben. Wie bitte? Die, die dieses zertrümmerte Land wieder aufgebaut haben, die teils als Kinder noch den Mangel der Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt haben, die mehrheitlich mit 14, 15 Jahren in die Lehre gegangen sind, vielfach 50 Berufsjahre erreicht haben und die Zuversicht besaßen, Kinder in die Welt zu setzen, die sind die Ursache für die Probleme der Altersversorgungssysteme? Schuld sind außerdem die Babyboomer. Die haben wiederum zu wenig Nachwuchs gezeugt und wollen immer früher in Rente. Damit hätten sie den Generationenvertrag gebrochen.

Zugegeben, diese Darstellung ist satirisch zugespitzt. Die Versatzstücke stammen allerdings allesamt aus den Medien, nicht zu vergessen den Vorschlag für das soziale Pflichtjahr für Rentner. Mit dem Generationenvertrag wird das stillschweigende Übereinkommen von Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden bezeichnet, füreinander zu sorgen, in der Annahme, dass die folgenden Generationen es ebenso halten werden. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf den Schreiber-Plan. Der Politologe Wilfrid Schreiber (1904–1975) entwickelte im Auftrag des Bundes Katholischer Unternehmer 1954 einen Entwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), der dem Bundestag vorgelegt und 1957 in stark abgewandelter Form beschlossen wurde. Schreiber lehrte an der Universität Bonn Wirtschaftstheorie, Sozialpolitik und Statistik und verfolgte mit dem Plan das Ziel, die individuellen Konsummöglichkeiten angemessen auf die drei Lebensphasen Kindheit und Jugend, Erwerbsphase und Alter aufzuteilen. Er suchte dafür nach Zurechnungsregeln für die Verteilung des Arbeitseinkommens und dachte bereits in den 50er-Jahren über eine heute erneut diskutierte Kinder- und Jugendrente nach. So weit kam es seinerzeit nicht, die finanzielle Last der Kindererziehung blieb bei den Eltern.



© Marco Urban

Und der Anstieg der statistischen Lebenserwartung war bereits absehbar. Schreiber war ein weitsichtiger Mann und hat eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre vorhergesehen. Er trat strikt gegen versicherungsfremde Leistungen ein; Aufgabe einer GRV sei es lediglich, die eingenommenen Rentenbeiträge an die Anspruchsberechtigten weiterzuleiten. Alles andere müsse aus Steuermitteln getragen werden. Die heutigen Erwerbsunfähigkeitsrenten sollten durch separate „Volks-Risiken-Versicherungen“ gedeckt werden.

Damals wie heute unterliegt die Rente politischen Einflüssen. Die größten gegenwärtigen Probleme der GRV entstehen durch versicherungsfremde Leistungen, die die Politik in die Rente gebracht hat, und eine zu geringe Beschäftigungsquote (Stichworte: Frauenerwerbstätigkeit und Teilzeit). Auch Frühverrentung, ein später Berufseinstieg und unstete Erwerbsbiografien tragen ihr Teil bei. Mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters wird die Rente nicht zukunftsfest werden, schon weil es kaum Arbeitsplätze für Menschen über 60 gibt. Sie werden im Gegenteil mal wieder „sozialverträglich“ (in der Regel über eine Frühverrentung) abgebaut.

Der Bund hat 2023 112,5 Milliarden Euro als Zuschüsse für Leistungen gezahlt, für die keine Beiträge gezahlt wurden, ohne jedoch darzulegen, ob diese Mittel ausreichen. Da sind etwa die „Mütterrente“ (circa 25 Milliarden Euro), Rentenansprüche, die in der DDR entstanden waren und auf westdeutsche Einkommen hochgerechnet wurden (36 Milliarden Euro), 6 Milliarden für Spätaussiedlerrenten, 3 Milliarden Zuschuss an die Knappschaft, 9 Milliarden für Anrechnungszeiten, 13 Milliarden für Frührenten. Die Versäumnisse liegen bei der Politik; 1997 lag der Beitragssatz zur GRV bei 20,3 Prozent. Anstatt ihn in den Folgejahren abzusenken, hätte er beibehalten werden müssen, um mit den entstehenden Überschüssen Rücklagen zur Überwindung der Demografielücke zu schaffen. Der Bundesrechnungshof kritisiert seit Langem die Intransparenz bei der Rente. Bevor über Reformen verhandelt werden kann, müssen versicherungsfremde Leistungen identifiziert und aus der GRV ausgliedert werden.

Norbert Lütke,
Zweiter Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung

> Lothar Wachenschwanz, Sigrun Wagenknecht, Jutta Leukert und Anna-Marie Olizég (von links)



© Alex Habenicht (2)

Nachlese Seniorenpolitische Fachtagung

Mit nicht nachlassender Begeisterung

10

Vorgestellt

Seit 30 Jahren geben die Mitglieder des Seniorenkabarets „Die Weisetreter“ mit eigenen Texten mitunter kräftige Denkanstöße.

Mit der Ankündigung „Wir Weisetreter treten barsch – den Ignoranten in den Arsch“ eröffnet die Kabarett-Truppe aus Berlin-Karlshorst ihren Auftritt auf der Seniorenpolitischen Fachtagung am 14. Oktober 2025 im dbb forum berlin. Eigentlich sind sie ja acht Mitglieder. Weil aber drei von ihnen erkrankt sind, muss auch Günther Greifenhagen (95) mit ran, eines der Gründungsmitglieder der Truppe.

1995 bot die Volkshochschule Lichtenberg einen halbjährigen Kabarettkurs an. Damals rangen Jungrentner und -rentnerinnen, die sich im Strudel der Wendeereignisse gedanklich sortieren wollten, unter fachlicher Anleitung um aktuelle Texte, stritten

um Pointen und feilten an der schauspielerischen Umsetzung. Allen gefiel das so gut, dass der Kurs einfach weitergeführt wurde. Um auch außerhalb der VHS arbeiten zu können, wurde 2011 der Verein „Weisetreter – Seniorenkabarett e. V.“ gegründet. Seitdem tritt



> Reinhard Walter

die Truppe auf, bis heute musikalisch begleitet vom Komponisten, Jazzpianisten und Toningenieur Reinhard Walter: in Seniorenheimen, Nachbarschaftstreffs und Gemeindezentren, auf Stadteilfesten, auch mal im Stadttheater der einst von Berlin unabhängigen Stadt Köpenick. Der Buschfunk sorgt für immer neue Auftritt Gelegenheiten in Berlin und Brandenburg. Was sie an Aufwandsentschädigungen einnehmen, geht für die Vorbereitung der Auftritte drauf, ein eingetragener Verein eben. Aus Altersgründen wechselten die Mitglieder immer wieder, aber der Kurs in der Volkshochschule Lichtenberg besteht nach wie vor aus den Mitgliedern der „Weisetreter“.

Seit 30 Jahren spielen sie mit nicht nachlassender Begeisterung politisch-satirisches Kabarett. „Unsere Texte schreiben wir größtenteils selbst“, sagt Pianist Walter, der auch die Begleitmusik komponiert. Dass die Texte dann gemeinsam bearbeitet werden, ist mitunter schwierig: „Man muss Person und Sache trennen. Viele verkraften das nicht“, erzählt er. Manchmal stammen Texte von Kurt Tucholsky („Die Nachfolgerin“), manchmal sind sie hochaktuell wie das Gespräch mit dem „Mietspiegel“. Eine scharfe Zunge verpackt mit Humor: Sie möchten das Publikum zum Nachdenken anregen.

Übrigens: Interessierte Senioren sind stets herzlich willkommen! **ada**